

P R O F I L

Mitgliedsblatt der CDU Halle - Nr. 72 – 6. Dezember 2011

Kreisparteitag

Am 14. Januar 2012 findet der turnusmäßige Parteitag der CDU Halle statt. Auf dem Programm steht die Neuwahl des Kreisvorstandes. Beginn ist voraussichtlich 09.30 Uhr im Palais S. Eine Einladung wird rechtzeitig versendet.

Neuer Kreisgeschäftsführer

Herr Tobias Schwab wurde auf der CDU-Kreisvorstandssitzung am 30. November 2011 zum neuen Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Halle gewählt. Herr Schwab tritt die Nachfolge unseres langjährigen CDU-Regionalgeschäftsführers Mario Zeising an, der mit Wirkung zum 01.11.2011 durch den CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt zum neuen Landesgeschäftsführer der CDU gewählt wurde. Herr Schwab wird ab dem neuen Jahr Dienstag und Freitag Vormittag sowie Mittwoch und Donnerstag Nachmittag unter der bekannten Anschrift bzw. telefonisch in der Kreisgeschäftsstelle erreichbar sein.

Impressum

PROFIL – Mitgliedsblatt der
CDU Halle
Hrsg. CDU-Kreisverband Halle
Ulestraße 8 • 06114 Halle
Tel. 3889540/ Fax 3889541
CDUProfil@aol.com
Redaktion: Marco Tullner

Oberbürgermeisterwahl im Blick

von Marco Tullner

Nachdem die entdeckte Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg zum Verschieben der Nominierung am 27. Oktober geführt hatte, war es am 17. November klar. Die CDU Halle geht mit Bernhard Bönisch MdL als Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl ins Rennen. Voraussichtlich am 17. Juni 2012 werden die Bürgerinnen und Bürger in Halle zu den Wahlurnen gerufen.

Im rappelvollen Multimediazentrum stand neben Bönisch auch Stadtrat Martin Bauersfeld zur Wahl. Nach Vorstellungsreden und Fragerunde war klar: Mit überzeugenden 94 von 102 Stimmen wurde der Kreisvorsitzende und Fraktionschef im Stadtrat nominiert.

Tenor der Veranstaltung war der feste Wille, den „Machtwechsel“ im Rathaus zu erreichen. Die Chancen dafür sind gut. Nach über 10 Jahren SPD geführter Stadtpolitik ist angesichts der drängendsten Problemlagen eine Veränderung dringend notwendig. Die Finanzprobleme, die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Rat und die Kooperation mit dem Saalekreis, all dies sind Punkte, mit denen Bernhard Bönisch die anwesenden Mitglieder überzeugen konnte.

Mit der klaren Entscheidung im Rücken kündigte der OB-Kandidat einen intensiven Wahlkampf an. Dazu gehört ein Wahlkampfteam, dessen Formierung bereits abgeschlossen ist. In den kommenden Wochen und Monaten bis zur Wahl gilt es nun, mit Geschlossenheit und Tatkraft für einen Machtwechsel im Rathaus zu kämpfen. Für einen wirklichen Neuanfang jenseits roter Gestaltungsphantasien.

Wer dabei aktiv mithelfen möchte, sei es durch direktes Engagement, sei es durch eine Spende kann sich unter (0345) 682 7755 bzw. per E-Mail: kontakt@bernhard-boenisch.de im Wahlkreisbüro in der Talamtstraße 6 melden.

Unter www.bernhard-boenisch.de können die neuesten Informationen abgerufen werden.

CDU Halle und die Frauen Union trauern um Claudia Pfeiffer

Mit großer Trauer nehmen wir Abschied von unserem langjährigen Mitglied Claudia Pfeiffer, die am 22. November 2011 in Halle verstorben ist. Wir verlieren nicht nur eine Mitbegründerin der Frauen Union Halle, sondern auch eine engagierte Verfechterin von Frauen- und Gleichstellungsfragen. Als ehemalige Stadtverordnete setzte sie sich im

**Gleichstellungs- und
Finanzausschuss für
kommunale und
frauenpolitische Fragen ein.**
Die Beisetzung findet am 10.
Dezember 2011 um 10.00 Uhr
auf dem Gertraudenfriedhof
statt.

Fortsetzung erwünscht

von Petra Tomczyk-Radji

„Kind oder Karriere – ist das hier
die Frage?“ war die
Podiumsdiskussion
überschrieben, zu der Frauen
Union und CDA
Halle/Saal(e)kreis in das
Multimediazentrum eingeladen
hatten.

CDU-Landtags-Fraktionschef
André Schröder,
Gewerkschafterin Anita Reinicke,
Personal-Geschäftsbereichsleiter
Andreas Wolter vom Uniklinikum
Halle, CDU-Stadtrat und
Unternehmer Lothar Dieringer
und Dr. Kathrin Quade vom
Bildungsunternehmen Hoffmann
& Partner unternahmen den
Versuch, die Vereinbarkeit von
Familie und Beruf näher zu
beleuchten.

Die Podiumsrunde und
anschließende Diskussion
offenbarte die Vielschichtigkeit
des Themas. Fast schien es, dass
Kind oder Karriere tatsächlich
keine Frage mehr ist, sondern
nur noch über das „Wie“
gestritten werden müsste.
Allerdings zeigte ein
Unternehmensbeispiel auch,
dass durch Rollenverteilung bzw.
mit partnerschaftlichem
Einverständnis andere Modelle
möglich sind. Fazit: Ein
spannender Abend, der ganz
sicher eine Fortsetzung des
Themas finden sollte.

Die PROFIL-Redaktion wünscht Ihnen eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Halle ist eine italienische Stadt

Die Haushaltskrise der Stadt ist Ausdruck eines falschen Selbstbildes

von Roland Hildebrandt

Halle ist eine Stadt der Renaissance. Die Marktkirche, der Dom oder die Moritzburg sind bauliche Zeugnisse der Renaissance. Die Renaissance war nach dem Schwarzen Tod, der Pest, der ein Drittel der Europäer in nur 6 Jahren des 14. Jahrhunderts zum Opfer fielen, die geistige und kulturelle Wiedergeburt von der größten Katastrophe, die dem alten Kontinent widerfahren war. Die Renaissance war die fundamentale und radikalste Infragestellung aller Gewissheiten, die es damals gab, weil man trotz der im Spätmittelalter noch so gottgefälligen Lebensweise sich mit der brutalen Seuche bestraft sah, und sich niemand erklären konnte, warum Gott einen so hart bestraft. Die Folge war epochal, man öffnete sich einem völlig neuen Denken in Glaubensfragen, in Wissenschaft, in Technik, in der Rechts- und Naturlehre, im Menschenbild. Auf der Renaissance fußt alles, worauf später die Voltaires, Hegels, Marx´, Webers oder Habermas´ aufbauten. Es war das Finden des Selbstbildes von Gesellschaft und Individuum. Ein Selbstbild, das Halle an der Saale schleunigst finden sollte, ansonsten endet es im Sumpf aus Schulden, Selbstbetrug und Realitätsverweigerung.

Seit mehreren Jahren hat die Stadt keinen genehmigten Haushalt. Natürlich hat auch das Land einen gehörigen Anteil an der Krise, etwa durch die ungelöste Stadt-Umland-Problematik. Dennoch muss deutlich klar gestellt werden, dass Halles Haushaltsproblem hauptsächlich ein Ausgabeproblem ist. Zwar hat Halle deutlich geringere Steuereinnahmen als Magdeburg, aber dennoch die gleich hohen Haushaltseinnahmen je Einwohner wie die Landeshauptstadt, weil die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (FAG) entsprechend höher ausfallen – eine Wahrheit, die die Stadtverwaltung gern verschweigt. Zwar hat Halle die gleich hohen Zuweisungen für Investitionen zum Abbau teilungsbedingter Lasten aus 40 Jahren DDR-Sozialismus, dennoch ist der infrastrukturelle Rückstand gegenüber Magdeburg und anderen kreisfreien Ost-Städten mittlerweile deutlich, weil man den Eigenteil nicht aufbringen kann und sich um andere Probleme kümmert. Trotz objektiv nicht belegbarer finanzieller Benachteiligungen durch das Land, hat die Stadt Halle eine Verschuldung in 21 Jahren aufgebaut, die in Sachsen-Anhalt eine Spitzenposition bedeutet.

Halle, das 1990 im Rennen um die Landeshauptstadt gegen das chancenlos eingeschätzte Magdeburg unterlag, hat lange gebraucht, sich von diesem Schock zu erholen. Der Verlust der politischen Hauptstadt sollte durch den Hauptstadtdanspruch in Kultur, Sport, Wissenschaft und Soziales kompensiert werden. Bis auf den Bereich der Wissenschaft und Forschung hat sich keiner dieser Bereiche für Halle als nachhaltig für eine

positive Entwicklung bei der deutschlandweiten Imagebildung erwiesen – und Wissenschaft und Forschung sind in der Regel nicht einmal Angelegenheit der Kommune. Flucht aus der Realität in einen Traum, der angesichts des völligen Zusammenbruchs der produktiv-industriellen Kräfte mit dem Ende der DDR-Planwirtschaft und der damit fehlenden Einnahmebasis heute als völlig grotesk anmutet. Gepaart mit einer rot-roten Landespolitik der 90er, die für ein politisches Klima stand, dass mit Arroganz und Selbstherrlichkeit den radikalen sächsischen Personalabbau in jener Zeit als „sozialen Wahnsinn“ geißelte und Halle sich daran orientierte. Die Flucht aus der Wirklichkeit trägt aber nun mal nicht lange. Es kommt der Punkt, da holt einen die Wahrheit ein. Und je mehr man sich von der fiskalischen Wahrhaftigkeit entfernt, desto härter wird der Aufprall in der Realität sein.

Halle erinnert mich da immer wieder an eine italienische Lebenshaltung: nämlich die Hoffnung, es wird schon irgendwie alles gut gehen und solange am nächsten Tag die Sonne aufgeht, ist doch alles bestens und man kann weiter so machen wie bisher. Eine solche Haltung ist aber von vornherein zum Scheitern verurteilt. Halle braucht keine Revolution! Die Stadt muss aber in einigen Bereichen vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ein wirklicher grundlegender politischer Wachwechsel ist damit verbunden. Die Verwaltungsspitze begibt sich aber immer noch in einen nicht gewinnbaren Kleinkrieg mit der Landesregierung, die ja selbst unter Konsolidierungsdruck steht, in dem Glauben, mehr Geld vom Land zu bekommen. Die Stadt wird sich aber nur aus eigener Kraft aus dem Schlamm ziehen können, alles andere ist wieder nur zeit-

und kostspielige Realitätsverweigerung. Zeit und Geld, die die Stadt nicht mehr hat. Die Haushalts-Reglementierung durch das Landesverwaltungsamt ist heute schon so groß, dass man getrost von einer Vorstufe, wenn nicht gar einer bestehenden Zwangsverwaltung sprechen kann. Einen Sparkommissar gibt es schon längst, auch wenn er nicht so heißt und auftritt. Es ist der einfache, der breiten Öffentlichkeit unbekannt Sachbearbeiter im Landesverwaltungsamt, der Jahr für Jahr die haleschen Haushalte mit immer heftigeren Anordnungen durchfallen und beanstanden lässt. Und nicht vordergründig deshalb, wie von vielen linken Stadträten geunkelt wird, um den Stadtrat zu entmündigen, sondern um zu verhindern, dass die Stadt die Kontrolle über ihren Haushalt und damit auch über ihr Vermögen verliert.

Um diesen „Turnaround“ zu schaffen, bräuchte die Stadt ein geklärtes Selbstbild, das in einem umsetzbaren Stadtentwicklungskonzept mündet und brauchbare Einzelmaßnahmen ableitet. Dieses umsetzbare Stadtentwicklungskonzept gibt es aber nicht, weil die linksgesinnte Mehrheit im Rat und die Frau Oberbürgermeisterin nicht begriffen haben, dass Halle nicht in der Liga von Leipzig, Frankfurt oder Düsseldorf spielt und die Stadt mit einem Anspruchsdenken in Kultur, Sport und Sozialem überfordern und damit den Schuldenirrsinn vorantreiben. Eine Konzentration auf die Halle bundesweit bekannt gemachten Bereiche Wissenschaft und Forschung wäre der Erfolg versprechende Ansatz. Ein radikaler Verzicht auf Kultur und Soziales ist überhaupt nicht notwendig. Eine vernünftige Beschränkung reicht aus.

Offensichtlich muss Halle wohl erst die völlige Haushaltskatastrophe erleben, bis es zur Vernunft kommt, weil wahrscheinlich die Selbstheilungskräfte – also die notwendige Einsicht in eine nachhaltige Umkehr – nicht vorhanden sind.

Bekanntlich kommt dann nach der Katastrophe der Schock, nach dem Schock die Wut und nach der Wut die Trauer über das Geschehene. Aber irgendwann muss dann mit dem Neuanfang wieder unweigerlich begonnen werden – mit der Renaissance nach der Katastrophe. Und je mehr wir uns auf diesen Tag vorbereiten, desto unwahrscheinlicher wird es möglicherweise, dass wir ihn erleben müssen.

Bundesparteitag in Leipzig

Der Antrag „Bildungsrepublik Deutschland“ wurde von den Delegierten des CDU-Parteitages in Leipzig am 2. Sitzungstag mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Mit 4 bundesweiten Bildungskonferenzen, 6-wöchiger Online-Diskussion auf einer eigens installierten Internetplattform und über 1600 Änderungsanträgen war es der am breitesten in der Parteibasis diskutierte Antrag des CDU-Bundesvorstandes.

Bundesministerin Annette Schavan machte in ihrer Einführung in den Antrag klar, dass man vor dem Hintergrund der Diskussion auf dem Bundesparteitag zu Europa feststellen müsse, dass Europas Reichtum und Wege aus der Krise auch und vor allem im Wissen und Können seiner Menschen liege. „Sie sind der Schlüssel für Zusammenhalt“ so die Bildungsministerin.

Gerade in Zeiten der Krise müsse man darüber beraten, wie man mit diesem Reichtum umgehe und wie man es schaffe, die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen zu sichern. „Wir sind überzeugt, dass wir es besser können als SPD und Grüne!“ rief Schavan den Delegierten zu. Die Welt sei im Wandel, Selbstverständlichkeiten gerieten ins Wanken, Sicherheiten gerieten ins Wanken. „Die junge Generation muss darauf vorbereitet werden, den Wandel zu gestalten. Befähigung und Ermutigung sind die Ziele guter Bildung – und ein Drittes: Orientierung, die Maßstäbe

unserer Bildung richtig einzusetzen." Bildung müsse als Gemeinschaftsaufgabe für das gesamte Land begriffen werden, es betreffe jede und jeden.

Schavan machte klar, dass die Union für eine Bildungspolitik des Forderns und Förderns eintrete. „Für die CDU beginnt der Mensch nicht nach dem Abitur, berufliche Bildung ist für uns ebenfalls wichtig." Jedes Kind solle seine Talente individuell entfalten können. Nicht die Herkunft, ethnisch kulturell als auch sozial, sei entscheidend, sondern Leistung. Vor den Herausforderungen des demografischen Wandels müsse man deshalb auf sinkende Schülerzahlen reagieren und das Schulsystem zukunftsfest machen. Dabei sei das 2-Säulen-Modell als Erfolgsrezept der CDU-Regierungen in Sachsen und Thüringen beispielhaft für christdemokratische Bildungspolitik. „Mit der CDU gibt es keinen Angriff, weder auf die Berufliche Ausbildung, noch auf das Gymnasium", so Schavan zu Ende ihrer Einführung.